

## Die Ratssitzung am 22. November 2018



***Diesmal war es eine lebhaft aber dennoch kurze Ratssitzung. Themen wie Luftreinhaltung, Schulplätze, Parken, Taxitarife, Abfallentsorgung und soziales Arbeitsmarkt treiben die Gemüter halt an. Solange es fair bleibt, sind Diskussionen immer hilfreich und spannend. Deshalb sind wir gespannt auf die nächste Ratssitzung im Dezember.***

### **Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betr. "Gesundheit schützen – Mobilität sichern: endlich Maßnahmen zur Luftreinhaltung umsetzen!"**



Der [Antrag](#) zur Aktuellen Stunde erweckt den Anschein, als könne ein sofortiges Handeln der Verwaltung die Fahrverbote, die das Gericht verhängt hat noch verhindern. Einen Lösungsweg bot besonders die SPD, als mitregierende Partei auf Bundesebene nicht an.

„Das Urteil des Verwaltungsgerichtes war absehbar. Reiht es sich doch in eine ganze Reihe von Urteilen der letzten Monate und Jahre ein. Nicht zuletzt die Manipulationen und Betrügereien der Automobilindustrie haben uns in diese Situation gebracht. Und damit müssen die Kommunen mal wieder das Ausbaden, was uns Land und Bund seit an Seit mit der Autoindustrie eingebrockt haben.“, so Andreas Wolter.

Die für den Luftreinhalteplan zuständige SPD-geführte Bezirksregierung hat angekündigt, gegen das Urteil in Berufung zu gehen.

Die GRÜNEN haben sich immer für eine blaue Umweltplakette ausgesprochen, um saubere Fahrzeuge von „Stinkern“ unterscheiden zu können. Den wohl größten Effekt für die Luft in Köln dürfte eine Hardware-Nachrüstung für Diesel-Fahrzeuge haben, auch dafür setzen für uns auf allen Ebenen ein. Die sollte im Wesentlichen von denen bezahlt werden, die den Schaden verursacht haben, und das sind die Automobilkonzerne.

Wichtig ist nun ein Aktionsplan für das nächste Jahr, unabhängig von Gerichtsurteilen, um den Menschen ein verbessertes Mobilitätsangebot machen zu können. Dazu gehören u.a. Busspuren, die die Menschen in die Stadt befördern und zwar am Stau der privaten Pkws vorbei. Starten könnten wir mit der dritten Spur auf der Aachener Straße.

Der Gesundheit der Bevölkerung muss endlich höchste Priorität eingeräumt werden.

### **Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/DieGrünen, FDP und der Gruppe GUT betr. "Masterplan Quartiersgaragen"**



Oberirdisches Parken soll in stark frequentierten Bereichen unterbunden werden, dies ist der Sinn dieses [Antrages](#). Der Druck auf die Verkehrsflächen nimmt zu. Es werden bessere und attraktivere Fahrradverbindungen benötigt. Die Fußgänger\*innen brauchen mehr Platz und durch die Erhitzung der Städte sind dringend mehr Grünflächen und Baumpflanzungen nötig. Dafür braucht man Platz. In einem ersten Schritt soll geprüft werden, wo

bereits bestehende Parkflächen besser ausgenutzt werden können und in einem zweiten Schritt, wo der Bau einer Quartiersgarage Sinn macht, damit der öffentliche Raum wieder von allen genutzt werden kann und nicht nur fürs Parken.

Der Änderungsantrag von SPD, Linke und der Ratsgruppe Bunt schießt übers Ziel hinaus. Parkhäuser, die auch öffentlich finanziert werden, wollen wir nicht und Angebote wie carsharing und Ladestationen können auch in Quartiersgaragen integriert werden. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

### **Antrag der Fraktion Die Linke: "Gesunde Lebensverhältnisse auch für benachteiligte Stadtteile – Umweltgerechtigkeit umsetzen!"**



Menschen mit geringem Einkommen sind oft höheren Umweltbelastungen ausgesetzt als finanziell besser gestellte Menschen. Gesundheitliche Belastungen als Folge von Umweltproblemen sind in Deutschland ungleich verteilt. Laut dem Umweltbundesamt weisen entsprechende Studien der vergangenen Jahre darauf hin, dass der soziale Status in Deutschland mit darüber entscheidet, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch Umweltschadstoffe belastet sind.

In Kölner Verwaltungshandeln wird diesem Umstand bereits heute Rechnung getragen. Der Lebenslagebericht, der Masterplan Soziales Köln und andere Konzepte beinhalten schon jetzt Beiträge zur Umweltgerechtigkeit.

Insofern waren durch den [Antrag](#) der LINKEN keine neuen Erkenntnisse zu erwarten. Wie schwer es ist aus der reinen Erkenntnis zu einem Handlungskonzept zu gelangen erleben wir gerade aktuell am Beispiel des Luftreinhalteplans. Der nun von CDU/GRÜNEN und der Ratsgruppe Gut verabschiedete [Änderungsantrag](#) konzentrierte sich deshalb auf die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Lebenslagenbericht. Umfangreichere Datenzusammenführungen (Gesundheit und Lärm- bzw. Luftbelastung) sollen infolge in den Kölner Perspektiven 2030 bearbeitet werden.

### **Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Sozialer Arbeitsmarkt für Köln"**



SPD und Gruppe Bunt haben scheinbar verschlafen, dass bereits am 08.11.2018 das [Teilhabechancengesetz](#) und das zugehörige Gesamtkonzept [MitArbeit](#) vom Bundestag beschlossen wurde. Anders erklärt sich der [Dringlichkeitsantrag](#) „Sozialer Arbeitsmarkt für Köln“, nicht.

Der Antrag unterstellt, dass auch die Verwaltung schläft und erst durch diesen Dringlichkeitsantrag dazu gebracht werden muss, sich mit dem Gesamtkonzept zu beschäftigen. Dem ist nicht so.

Das Teilhabechancengesetz fördert die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von sehr arbeitsmarktfernen Menschen. Es handelt sich dabei um eine Einzelfallförderung in Form von Lohnkostenzuschüssen. Zuständig ist das Jobcenter Köln, das sich bereits mit der Stadt Köln konkret in der Umsetzungsplanung befindet, dies wurde dem Ausschuss für Soziales und Senioren bereits in der Sitzung am 06.11.2018 mitgeteilt (Mitteilungen [3458/2018](#) und [3487/2018](#)2018)

Die Dringlichkeit wurde daher mehrheitlich abgelehnt, der Antrag wird in der Ratssitzung am 18.12.2018 behandelt.

### **Dringlichkeitsantrag des RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Freie Plätze in Flüchtlingseinrichtungen für Studenten und Auszubildende freigeben."**

Die Dringlichkeit wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, da sich mit dem Thema bereits mehrere Ausschüsse und Bezirksvertretungen beschäftigen. Der [Antrag](#) wird in der Ratssitzung 18.12.2018 behandelt.

### **Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif**



Nach 3,5 Jahren hat der Rat die [Taxitarife](#) um 5,9% auf der Durchschnittsstrecke (7 km und 4 Min. Wartezeiten) erhöht. Hintergrund sind der gestiegene Mindestlohn sowie die Erhöhung anderer grundsätzlich zu kalkulierender Kosten. Wir erwarten jedoch, dass die Verwaltung auch prüft, dass der Mindestlohn der Fahrerinnen und Fahrer um diesen Prozentsatz erhöht wird, da dies schließlich die Hauptbegründung für die Preisanhebung ist.

Parallel dazu wurde die Verwaltung aufgefordert, zu prüfen, wie der Umstieg auf E-Taxen im Stadtgebiet gefördert und gefordert werden kann. Eine solche Umstellung der Flotte wäre nicht nur aus Sicht der miserablen Luftwerte Kölns zu begrüßen.

### **Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln**



Die Stadt Köln erstellt in regelmäßigen Abständen ein [Abfallwirtschaftskonzept](#). In diesem erläutert sie, wie die Abfälle auf dem Kölner Stadtgebiet verwertet und beseitigt werden. So möchte die Verwaltung zukünftig „Nutzung statt Eigentum“, also Reparaturen und Second-Hand mit einem digitalen Wegweiser stärker unterstützen. Stadt-intern soll das Mehrweg-Gebot stärker als bislang umgesetzt werden, gerade in Hinblick auf Sportereignisse ist hier sicherlich noch viel Spielraum nach oben.

Dies betrifft auch den Elektroschrott von Kleingeräten. Die Abgabemöglichkeit soll durch kommunale E-Schrottbehälter z.B. bei der Wohnungswirtschaft, in öffentlichen Verwaltungen aber auch an Schulen erweitert werden. Geplant ist zudem ein weiteres Wertstoff-Center im Kölner Süd-Westen. Dem kann man nur zustimmen.

### **Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für eine Gesamtschule und zwei Grundschulen im Neubaugebiet Rondorf Nord-West**



Der heutige [Beschluss](#) für die Planung eines Gymnasiums in Rondorf muss im Zusammenhang eines Gesamtpaketes für weiterführende Schulen in Köln gesehen werden. Um das weitere gemeinsame Lernen in weiterführenden Schulen zu fördern, haben wir vorab die Vorschläge der Verwaltung (eine Gesamtschule in Rondorf, ein Gymnasium in der Parkstadt Süd und ein Gymnasium in Ossendorf) verändert und zwar in Richtung auf mehr

Gesamtschulplätze. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass in Ehrenfeld - obwohl dort in diesem Schuljahr die Helios Gesamtschule an den Start ging - eine viel höhere Zahl von Schülern und Schülerinnen keinen Platz an einer Gesamtschule bekommen hat, als in Rodenkirchen. Dasselbe gilt auch für den Innenstadtbereich. Um aber auch allen Schülern und Schülerinnen im Bereich Rondorf einen Schulplatz an der neu zu errichtenden weiterführenden Schule anzubieten, werden wir vorschlagen, dass das Gymnasium alle Schulabschlüsse, also neben dem Abitur auch den Haupt- und Realschulabschluss, anbietet. Diese Möglichkeit, die uns das Schulgesetz gibt, wollen wir nutzen und im weiteren Verfahren auf eine flexiblere Infrastruktur setzen.

Mit diesem Beschluss werden wir das gesamtstädtische Ziel, mehr Gesamtschulplätze anzubieten, erreichen.

## **Verkehrsausschuss – Grüne: Neue sachkundige Einwohnerin und Einwohner**

Jetzt sind wir im Verkehrsausschuss als Grüne wieder vollständig vertreten. Wir begrüßen unsere drei neuen und äußerst kompetenten Sachkundigen Ursula Schlömer, Rainer Kiel und Dr. Martin Herrndorf.

- 
- [Die komplette Tagesordnung der Sitzung Rat inkl. aller Vorlagen](#)

### **Impressum:**

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat  
Rathaus – Spanischer Bau \* Rathausplatz 1 \* 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 \* Fax: 0221 – 221 24555  
Mail: [Guene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:Guene-fraktion@stadt-koeln.de) [www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)  
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer